

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Abonnementspreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 Mk., halbjährlich 3.40 Mk., jährlich 6.40 Mk., postfrei im Voraus. Durch die Post bezogen 1.00 Mk. extra. Halbjährlich 3.40 Pf., vierteljährlich 1.00 Pf.

„Die Neue Welt“ (Kriegsentsatzgesetz), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse: Volkswirth Halle a. S.



Insertionen gebührenlos für die ersten 10 Zeilen. Preis je Zeile 20 Pfennig. Für ausserhalbige Anzeigen 30 Pfennig.

Im rezeptionsfreien Gebiete kostet die Zeile 20 Pfennig.

Interesse für die Zeilennummer nach dem Inhalt des Anzeigen. Die Zeilennummer hat 10 Zeilen bei Expedition aufzugeben.

Einlagen in die Postzustellung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskensels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 47/43. Redaktion: Harz 42/43.

Das neue Sozialistengesetz.

Die Rede, in der Herr Bülow seine sozialistische Gesinnung bekundete und ein neues Sozialistengesetz als „möglich“ in Aussicht stellte, war eine Rede nicht an das Parlament und das Volk sondern an den Kaiser und die Kammer. Sie zeigt nicht, was geschrieben wird, sondern nur, wie ein Reichskanzler und Ministerpräsident reden muß, um sich die Gunst jener Kreise zu erhalten oder zurückzugewinnen, von denen die Rettung eines elenden Ministerpostens in Preußen-Deutschland heute noch tatsächlich abhängt. — Diese für den Reichskanzler nicht gerade ehrenvolle Einschätzung seiner letzten Rede findet ihre Bestätigung durch Stimmen der bürgerlichen Presse aus allen Parteilagern, von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ und der konservativen „Volk“ angefangen bis zur demokratischen „Volkzeitung“ und „Vorwärts“. Selbst die „Volk“, halt über die freudigen Aussichten zu jubeln, die ihr die Kanzlerrede eröffnet hat, den des Reichskanzlers vornehmlich bewachte, auf diese Weise Machenschaften zu durchkreuzen, denen er Mann gegen Mann nicht entgegenzutreten in der Lage ist. Und sie sieht daraus den Schluss, daß „die Luft noch nicht völlig rein“ und ein „Rückfall in frühere Irrungen nicht ausgeschlossen ist“.

Mit dieser Feststellung, die, wie gesagt, von dem größten Teil der unterrichteten bürgerlichen Presse als richtig befähigt wird, ist erst der Standpunkt gewonnen, von dem aus die Sozialistengesetz-Rede des Reichskanzlers objektiv beurteilt werden kann. Zunächst läßt sich fest, was die sozialdemokratische Presse längst behauptet hat, daß die Kanzlerrede des persönlichen Argimenter trotz aller Reden des Reichstags vom 10. und 11. November noch so unerschütterlich dasteht, daß der Kanzler a. I. die politischen Rücksichten hinter die Rücksichtnahme auf diesen einen Faktor zurücktreten lassen muß. Zum zweiten zeigt sich, daß in den wirklich maßgebenden Kreisen, zu denen Herr Bülow zum Kerker hinaus gebracht hat, noch immer jene weltfremden Anschauungen verbreitet sind, die in vielen solchen und den Sozialdemokraten höchst nützlichen Reden zum Ausdruck gebracht wurden. Das An die Wandbringer, Zerfahrene, Hinausführe und was der vaterländischen Redensarten mehr sind, wird noch immer beibehalten, und wer es sich haben will, muß diesen Einstellungen Rechnung tragen. Und wäre es auch mit bewilligten Augenminnern und unter der bewährten Maske „Man lo durch!“ Das „Volk“ sage! hat denn auch vierundzwanzig Stunden nach der Kanzlerrede „an zufälliger Stelle“ einen Kommentar zu ihr erhalten, wonach „der Reichskanzler lediglich den Konventionen zu Gemüte führen wollte, daß bei der Unmöglichkeit ein Sozialistengesetz aufzuheben zu bringen, die Bekämpfung der Sozialdemokratie nur durch die strenge Anwendung der bestehenden Gesetze geschehen könne“. Man kann selber offensiv dementi, durch das sich der Reichskanzler selbst dementiert, ausnahmsweise gelten lassen; ein Konventionenmacher ist Herr Bülow ja niemals gewesen, und am allermeisten wird er sich hüten, die Konsequenzen aus seiner letzten Rede zu ziehen. Muß er doch selber wissen, daß ein neues Sozialistengesetz sicher nicht das Ende der internationalen Sozialdemokratie bedeuten würde sondern eine Katastrophe der herrschenden Klassen.

Um so mehr muß man aber über die Privatität staunen, die den Reichskanzler mit so ungeheuerlichen Gedanken spielen läßt. Was bedeutet ein Sozialistengesetz von 1909 oder 1910? Nicht weniger als die Achtung und politische Rechtschaffenheit eines Drittels der reichsdeutschen Bevölkerung oder — nimmt man Polen, Dänen, Reichsdeuter usw. hinzu, die ja heute schon unter gangen oder halben Ausnahmestufen leben — fast der Hälfte der gesamten deutschen Reichsbevölkerung. Die eine Hälfte des Reichs, die „nationale“, „monarchische“, „herrscher-kaisende“ erklärt die andere in „Belagerungsstand“, von der Reichshauptstadt angefangen bis hinab in den kleinste Grenzort, überall ist ein „a g e r i e t e g“ entsetzt, der vielleicht nur noch mehr Haß und Verhärterung erzeugt, wenn gemässliche Entfaltungen aus Mangelh vertrieben werden. Und solche Ausfaltungen eröffnet der leitende Staatsmann eines Reiches, das durch seine und seines Heren Politik in eine gefährliche Isolierung hineingetrieben wurde. In dem verblühten oder verächtlichen Reichsartikel des Grafen Schlieffen wird erzählt, wie das Deutsche Reich von unerbittlichen Feinden umringt, von einem förmlichen Festungswall eingeschlossen sei. Wir rüsten an jeder christlichen Mann im Deutschen Reich die Frage, ob man von den Feinden erwarten darf, daß sie im Falle mit Begeisterung ein Vaterland verteidigen werden, in dem man ihnen von leitender Stelle in Aussicht stellt, man werde sie ihrer politischen Nedergang wegen ihnen nie rückwärtige Kunde! Für Bülow, bloß auf die Rettung seines Amtes bedacht, scheint gar nicht erwogen zu haben welche Wirkungen seine Rede in den Kreisen des Volkes nachherweise hervorzuwirken muß, welche Erinnerungen und Empfindungen er dadurch auslöst.

Die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes wären nicht als ein Kapitel der schmerzlichen Schmach des deutschen Volkes, blühen sie nicht zugleich auch ein unermüdliches Nahrungsmittel in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse. Es gibt darum kein besseres Mittel, die Sozialdemokratie zu unerbittlicher Einigkeit und Geschlossenheit zusammenzuführen

und ihren Kampfesmut zur hellen Begeisterung zu entflammen als die Erinnerung an die Zeit des Sozialistengesetzes. Wenn die Auftraggeber des Fürsten Bülow durch sozialistengesetzliche Lagen oder, was ihnen viel ähnlicher sieht, durch sozialistengesetzliche Reden der Sozialdemokratie Abbruch tun zu können vermeinen, so mögen sie leben, wie weit sie kommen! Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird sich durch solche Reden keinen Augenblick von ihren nächsten Kampfzielen ablenken lassen. „Arbeitert!“ ist auch schon die Devise. Inbetreff durch den Vorn der großen Reichskanzler-Kampfer, die hier nur Kinder erschrecken und andererseits nur Kinder erschrecken kann, wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihren Kampf um ein freies, modernes, europäisch-kultürliches Preußen fortsetzen und auf alle lächerlichen Drohungen mit dem Massenute antreten: Hoch die Sozialdemokratie! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Ein Gewitter im Klassenhaufe.

Ein wirklicher Volkstvertreter formuliert die Forderungen des Volkes.

Im preussischen Dreiklassenparlament verhandelte sich gestern zunächst der Nestor aller Deutschen, Herr Kopsch, die Erlaubnis, sich in der Veldingungssache gegen unseren Gemeinen Mebring neue Vorschläge für seinen darstellerlosen Parteikreis und Mughan zu holen. Dann legte das Privilegiertenparlament des Gedulds die erste Classenberatung fort und mußte zu seinem großen Leidwesen die erste sozialdemokratische Staatsrede hören.

Geselle Heilmann hatte sich in die schwierigsten, verwinkeltesten, verfahrensten und korrupten Zustände der preussischen Politik und Verwaltung mit ungeheurer Fleiß hineingearbeitet und beherrschte die Materie, als hätte er noch nicht erst längst in schwerem Kampfe die Zeitlinge der preussischen sogenannten Volksvertretung erobert, sondern nähmen seit Jahrzehnten am parlamentarischen Leben des größten deutschen Bundesstaates teil. Er begann mit der Betrachtung der reinen Staatsfragen und führte die Finanzwirtschaft Preußens auf die Quelle der Staatseinnahmen zurück, die Ueberflüsse der Staatsbetriebe und die Steuern. Bei den Staatsbetrieben zeigte er, wie weit sie von der leiserlichen Forderung, Musterbetriebe zu sein, noch entfernt sind, wie weit bei der Lohnsetzung Rücksicht nicht nur auf die Privatkapitalisten, sondern schon auf die Agrarier und ihr Bedürfnis nach unbedenklicher Ausbeutung genommen werde. Das leitete über zu der Betrachtung der allgemeinen Lage der Arbeiter in Preußen. 87 von 100 Haushaltungsbedingungen verdienen noch unter 1600 Mark, und dabei werden nur 10 Prozent der direkten Steuern von den Weichen abgeführt. Aber die politischen Rechte sind weit davon entfernt, auch nur entsprechend den Steuerleistungen verteilt zu werden. 35 Proz. des preussischen Volkes gelten einfach bei den Wahlen nicht und nicht durch das Dreiklassenwahlrecht genau so zu politischen Delikten erniedrigt, als ob sie überhaupt kein Wahlrecht hätten. Dem hartnäckigen Festhalten des Fürsten Bülow an dieser ungeheuren Wahlrechtsmach Preußens stellte Geselle Heilmann das leuchtende Beispiel des österreichischen Ministerpräsidenten Baron Red entgegen, der das allgemeine Wahlrecht als nicht-erhaltende Notwendigkeit für Oesterreich durchgeführt hat. Selbst die Türkei ist in ihrem Wahlrecht Preußen gegenüber ein fortgeschrittenes Land. Die Folgen dieses Wahlrechts zeigen sich deutlich in den ganzen wirtschaftlichen und politischen Zuständen Preußens. Die Not der Landarbeiter, denen man das Wahlrecht vorantreibt, und die man unter die Privilegiertenbestimmungen der Befindendung zwingt, hat darin ebenso ihren Grund, wie der Mangel jeder Wohnungsfürsorge, das Scheitern jedes Wohnungsreformes. Das ganze öffentliche Leben Deutschlands, das wie Geselle Heilmann überzeugend nach sich in die engen bürokratischen Fesseln Preußens geschnitten, Kommunen und Kreise haben keine Selbstverwaltung, die Lehrer der Jugend nicht die mindeste Meinungsfreiheit, der Großgrundbesitz und in den Städten das Hausverhältnis unbedenkliche Vorechte. Trotz dieser ungeheuren Rücksichtlosigkeit Preußens, für die Geselle Heilmann eine Fülle von Beispielen anführte, hat es gestern der Ministerpräsident für nötig gehalten, neue Ausnahmengesetze gegen die Arbeiterschaft anzukündigen. Unser Staatskanzler erklärte, daß wir nicht den mindesten Grund haben, den Kampf zu schieben, und wies den Fürsten Bülow lassen auf die traurigen Erfahrungen des Fürsten Bismarck hin, die dieser „eiserne Kanzler“ mit der Lebenskraft der Sozialdemokratie in den 12 Jahren des Sozialistengesetzes gemacht hat. Aber auch diese neueste Propaganda des arbeitenden Volkes ist nur eine Folge davon, daß die ganze preussische Politik im Interesse der Junker steht und von ihnen gemacht wird. Längst ist das Bürgerrecht so weit, um sich dagegen aufzuheben, und die Arbeiterklasse wird es vorziehen haben, das Recht der preussischen Reaktion zu gebühren. In ihren Abgeordneten den ersten haben wirklichen Volkstvertretern im Dreiklassenparlament, hat sie die wichtigsten Vorkämpfer.

Der Finanzminister Herr v. Achenbachen hielt zur Erinnerung eine seiner gewöhnlichen Schatzmaderen. Schlanow behauptete er, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern eine andere Partei — welche, sagte er nicht — die echte Vertreterin der Arbeiterinteressen sei. Die Steuerpolitik der Regierung verteidigte er damit, daß von 38 Millionen Preußen 20 Mil-

ionen steuerfrei seien. Besonders die Säuglinge und Altersrentner! Aber im Ernst beweis das nur, daß eben 20 Millionen Preußen keine 900 M. Einkommen im Jahre haben. Nur 2 Millionen Einkommen geben über 8000 M. im Jahre hinaus. Herr v. Achenbach behauptete dann die Zollruhrpolitik, und wie ein Sohn auf die Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krise lang es, als er verführte, daß diese Politik den Arbeitern sichere und ausreichenden Lohn verschaffe habe. Zum Schluß gelang der preussische Finanzminister im Anschluß an ein Wort des früheren Staatssekretärs v. Bötticher — daß die Regierung nur für die Kapitalisten arbeite — zu, daß auch er sich nur als Vertreter der staatsverwaltenden Klassen fühle. Dem entsprechend klangte er denn auch nicht, daß die Regierung an ein neues Ausnahmengesetz denkt, nur nennt er es „eventuelle künftige Notwendigkeit der Verstärkung des Schutzes gegen die Sozialdemokratie“.

Die weitere Debatte brachte eine Auseinandersetzung zwischen dem Nationalliberalen Schmieding und dem Zentrumstrafen Grafen über den konfessionellen Charakter des Zentrums und die Grundzüge der Biopolitik, bei der nichts Neues gesagt wurde, und zwei wenig bedeutende Reden von der Rechten. Der konservative v. Krims-Südbom fand das Entgegenkommen Bülowens an den Liberalismus im Fall Schöding zu groß, und der Freiservantive Dr. Remold schlug an Stelle eines neuen Sozialistengesetzes ein neues Judikationsgesetz gegen die Gewerkschaften vor. Somit waren alle Parteien mit Bülowes gewitzigen Wertigkeiten ganz zufrieden.

Da lam zum Schluß Herr Fischebe, die bekannte Berliner Freiwirtschaftler. Geselle Heilmann hatte den schmaakollen Vorgang aus der Wahlprüfungskommission erzählt, daß die Preussischen unsere vier Berliner Mandate verlieren wollten wegen angeblich falscher Aufstellung der Listen, obwohl in allen Berliner 12 Wahlkreisen die Listen nach genau denselben Grundregeln aufgestellt worden sind. Herr Fischebe ist Minister in dieser Wahlprüfungskommission nicht mitgeteilt, daß gegen alle 12 Berliner Wahlen wegen dieser Listenaufstellung von konservativer Seite ein rechtzeitig Wahlprotokoll eingegangen ist. Die Freiwirtschaftler wollten eben nur von unseren 6 Mandaten 4 stehlen und ihre 6 behalten. Jetzt sind die betrogenen Wähler und müssen selbst in die Grube fallen, die sie uns gegraben haben. Wegen dieser Entlarvung schämte Herr Fischebe vor Mut und schämte in den gemeinsamen Ausdrücken auf die Sozialdemokratie und unsere Landtagsabgeordneten, deren Wahl wegen des Terrorismus unglücklich war. Die Terrorismusmänner haben dir ja schon oft genug gehört, und Geselle Heilmann fragte in einem Zwischenruf mit Recht, wer denn die nichtstehenden Beamten denargiert, und eine Liste der sozialdemokratischen Wahlmänner in Moskau verbreitet hätte. Aber hier handelt es sich gar nicht um den Terrorismus, sondern um die Listenaufstellung und den ungeheuerlichen Betrag, den die Freiwirtschaftler verurteilt haben. Unsere Genossen werden Herrn Fischebe bei Gelegenheit eine herbe Antwort geben.

Nach Schluß der ersten Classenberatung wurde der Etat in seinen wesentlichen Teilen der Budgetkommission überwiesen. In der nächsten Sitzung am Montag stehen die Wahlrechtsanträge auf der Tagesordnung.

Wir geben hier die Rede des Abg. Gen. Heilmann ausführlich wieder:

Abg. Heilmann (Soz.) (Zunächst auf der Tribüne bei der Kunde des Hauses sehr schwer verständlich): Die Einnahmen des preussischen Staates fließen hauptsächlich aus zwei Quellen, aus den Ueberflüssen der staatlichen Betriebe und den Steuern. Die direkte Besteuerung ist nicht etwa aus dem Initiative des Hauses hervorgegangen, sondern aus dem Zwange der Verhältnisse, weil infolge der indirekten Steuern im Reich für Preußen nicht anderes übrig blieb. Die Gestaltung der Steuer ist denn im übrigen eine solche, daß der Großgrundbesitz davon den größten Vorteil hat. (Sehr richtig! recht!). Von der Werbung der Februarerlasse aus den Anfängen der 1860er Jahre ist in Preußen so gut wie nichts zu merken. Die Regierung hat sich als schuldhaft führender Ausfühler der herrschenden Klasse erwiesen. An einem Stimmzettel solle man ja nicht brechen und befehlen, aber kühl bis ans Herz heran, erklärte der frühere Eisenbahnminister v. Pfeilen im Jahre 1898, er könnte nicht bessere Worte geben, denn das würde die Privatindustrie schädigen. Und im Jahre 1908 äußerte sich der jetzige Herr Eisenbahnminister in ähnlichem Sinne. Er meinte, die Wünsche der Eisenbahnarbeiter wären im großen und ganzen erfüllt, vor allen nach die Prädikatsindustrie. Als die staatlichen Betriebe werden nicht nach dem Wort der Februarerlasse zu „Wahlbetrieben“ ausgegliedert. (Sehr nabel b. d. Soz.) Prüder sprach man noch von industriellen Betrieben, die dem Eisenbahnbetriebe ähnlich wären. Heute aber erklärt der Herr Eisenbahnminister schon auf die Verhältnisse der Landindustrie schuldhaft Rücksicht nehmen zu müssen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Staatsarbeiter unterliegen dabei einem wirtschaftlichen Zwange, wie ihn kein Einzelunternehmer ausüben kann. Sie werden ihrer staatsbürgerlichen Rechte unter Zustimmung dieses Hauses nahezu völlig beraubt. Bei den Landtagswahlen, wo wir das öffentliche Stimmrecht haben, werden die Wahlbetriebe, als Stimmrecht der Regierung zu dienen. Die Wahlbetriebe, indem man ihnen den Lohnausfall nicht ersetzt. Die

Befehlshaber Arbeiter bei der Eisenbahn erhalten einen Durchschnittslohn von 1250 Mark. (Sörtl hört h. d. Soz.) Für Eisenbahnpräsidenten oder werden Wohnungen errichtet, die mit ihrem Einkommen in gar keinen Einklang zu bringen sind. Auf den einzelnen Arbeiter entfallen bei der letzten Lohnsteigerung 46 Mark im Jahr, d. h. 80 Pfg. pro Woche. (Sörtl hört h. d. Soz.) Die Zahl der weiblichen Arbeiter ist um 27 Proz. gestiegen, und Herr Wadde hat feinerzeit ausdrücklich erklärt, daß er weibliche Arbeiter einstellt, weil er ihnen billiger Löhne zahlen könne. (Sörtl hört h.) Sie bin so optimistisch, zu glauben, bis ich eines anderen belehrt werde, daß auch Sie mit dieser Art der Sozialpolitik nicht einverstanden sind, zumal in der letzten Zeit der Arbeitslosigkeit. Gibt aber das Haus seinen Willen nicht ungewisheitig kund, so wird alles kein Alten bleiben, denn zu dem gegenwärtigen Herrn Eisenbahnminister haben wir nach jeder Richtung wenig Vertrauen. In seiner Neujaarsbetrachtung in einer Tageszeitung hat der Eisenbahnminister ja ganz merkwürdige Anschauungen kundgetan. Er hat die furchtbare Arbeitslosigkeit einzig und allein vom Gesichtspunkt des geistlichen Unternehmers aus betrachtet, indem er meinte, der Wirtschafts-Förderung bedürfe auch einmal der Periode des Ausruhens. Er hat dabei ganz übersehen, daß der Arbeiter nicht ferne darf, wenn er nicht hungern will. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Für die Zukunft sind zu beschreiben, daß von je 1000 Haushaltungsvorständen nicht weniger als 877 (Sörtl kommen unter 1500 Mark haben. (Sörtl hört h. d. Soz.) Dabei sind die Arbeiter im Verhältnis zu ihrem Einkommen höher mit direkten und indirekten Steuern belastet, als die großen Millionäre. (Sörtl hört!) 1907 betragen die gesamten Staatseinnahmen 625 Millionen. Davon wurden nur 10,8 Proz. von den großen Einkommen aufgebracht. (Sörtl hört!) Einen so ungeheuren Etat können wir natürlich ab. Nun sind auch die Gehälter der unteren Beamten etwas abgebeffert worden infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Natürlich haben die Beamten den Wunsch, bei dieser Reform, auf die sie ja jahrelang vertrieben sind, möglichst gut abzufinden. Ich habe mich daher gemeldet, daß der Herr Finanzminister in so froher Weise, wie er es getan hat, gegen diese Beamten Stellung genommen hat, die nicht getan haben, als für geschnitztes Reittier nachzuziehen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ich hoffe, die Beamten werden sich durch solche Drohung in der Wahrnehmung ihrer Rechte nicht beeinträchtigen lassen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Daß der bisherige Ausbau unserer Steuerbefreiung kein Ausmaß erreicht haben ist, wird von seiner Volkvertretung bestritten werden können. Dieses hohe Haus vermögen wir allerdings als eine mehr Volkvertretung anzuerkennen. Die einzigen, die sich hier wirklich als Volkvertreter bezeichnen können, sind wir. (Leb. Zustimmung h. d. Soz. Rachen rechts.) Soll es besser werden, so muß an die Wurzel des Übels die Hand gelegt werden, und die liegt in dem Wahlrecht. Daß die Parteien, die im Besitz der Macht sind, ihre Position mit äußerster Mühseligkeit verteidigen werden, ist selbstverständlich. Handelt es sich doch nicht nur um die äußere Machtstellung, sondern auch um die materiellen Interessen der herrschenden Klasse. Aber so groß ihre Macht ist, hemmen können sie den Fortschritt doch nicht. (Sehr gut! h. d. Soz.)

Der frühere Minister v. Hammerstein hat einmal gesagt: „Es gibt kein Wahlrecht, das so genau und richtig den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergibt, wie das Dreiklassenwahlrecht.“ Ich bezweifle, daß heute noch ein Minister diese Behauptung wiederholen würde, nachdem festgestellt ist, daß 86 Proz. der Bevölkerung bei diesem Wahlrecht vollkommen in der Vertiefung versinken. (Sehr gut! h. d. Soz.) Die Erklärung der Herronede beweist ja auch, daß mit dem ursprünglichen strengen Bestehen an diesem Wahlrecht gebrochen werden soll. Diesem ersten Schritt werden weitere folgen und wir werden es an uns nicht fehlen lassen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Was unsere Regierung aus dem Wort des früheren österreichischen Ministers, Freiherrn v. Gossart, lernen, der sagte: „Die Regierung ist von der Erkenntnis durchdrungen, daß keine Regierung sich in grundlegenden Fragen hartnäckig dem Volkswillen verschließen darf. Das allgemeine Wahlrecht ist eine staatsverhätende Maßregel, weil man wichtige Schichten des Volkes in erhöhtem Maße an dem künftigen Leben interessiert werden.“ (Sehr gut! h. d. Soz.) Das Dreiklassenwahlrecht wird von den breitesten Volksschichten als unerträglich empfunden. Wenn erst die Mehrheit des Volkes zum Bewußtsein ihrer Entrechtung gekommen ist, dann hat die letzte Stunde des Dreiklassenwahlrechts geschlagen. Es will oder nicht. (Brauo! h. d. Soz.) In diesem Zusammenhang will ich auf den Beschluß der Wahlprüfungskommission gegenüber vier unserer Wahlen zu sprechen kommen. Diese Wahl soll allein schon aus dem Grunde für ungültig erklärt werden, weil die Aufstellung der Listen von Magistern in Berlin auf ganz falschen Grundlagen erfolgt ist. (Sörtl hört h. d. Soz.) In seiner Eigenschaft als Professor und Referent der Kommission für die Stellung vertreten hat, hat in seiner weiteren Eigenschaft als Mitglied des Berliner Magistrats bei dem Beschluß des Magistrats mitgewirkt. (Sörtl hört h. d. Soz.) Ich möchte bemerken, daß die Urwähler nach Angabe der von ihnen zu entrichtenden Steuern in die Wahllisten eingetragen sind. Der Wahltermin war nun so zeitig angesetzt, daß nur die Wähler unter 3000 M. in Berlin wußten, welche Steuern sie zu entrichten haben würden. Die sogenannten Selbstveranlagten hatten davon noch keine Ahnung, weil die Einschätzung der königlichen Veranlagungskommission noch nicht herausgenommen war. Daher hat auch die Regierung in dem Erlaß an den Magistrat verfügt, daß in allen solchen Fällen, in denen die Einschätzung für 1908 noch nicht heraus wäre, die Einschätzung von 1907 maßgebend sein sollte. Der Magistrat konnte also gar nicht anders handeln, wie er gehandelt hat. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wie sehen der Untert des Magistrats mit vollster Ruhe entgegen. Erlernen Sie das Vorgehen des Magistrats für falsch an, so wird sich ja zeigen, ob Ihr Gerechtigkeitsgefühl so weit gehen wird, daß Sie alle zwölf Berliner Wahlen für ungültig erklären werden, oder ob Sie diese Antwort benutzen werden, um sich wenigstens für eine Weile von vier unbenommen sozialdemokratischen Abgeordneten zu befreien. Mit der Legende, als ob etwa nur gegen die vier Wahlen, die Sie herausgegriffen haben, ein formales und fruchtbarer Protest eingelegt ist, möchte ich von dieser Stelle aus ein für allemal brechen. (Sörtl hört! bei den Soz.) Diese Urkunde ist den Herren verpönt. Gegen die Wahl des Hrn. Hoffmann ist seitens des Reunions a. D. wohl ein formales und fruchtbarer Protest am 3. Juli 1908 eingebracht, wo es zu heißt: „Nach demselben Grunde werden in Berlin nicht nur die Wahl im 12. Landtagswahlkreise, sondern in sämtlichen 12 Berliner Wahlkreisen als ungültig zu erklären. (Sörtl hört! bei den Soz.) Die Wahlprüfungskommission des Königl. preussischen Abgeordnetenhauses bitte ich hierdurch in eine Prüfung einzutreten und die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis event. nach dem erst angeführten Grunde auch die Wahl in sämtlichen Berliner Wahlkreisen für ungültig zu erklären.“ (Hrn. Hoffmann (Soz.): Wer anderen eine Grube gräbt, gräbt sie selbst.)

Der Hrn. Hoffmann hat in einem eingeleiteten Brief an die Wahlprüfungskommission angedeutet, deren Kineten, daß ein Protest gegen sämtliche 12 Berliner Wahlen vorliegt. (Sörtl hört!) Sie gilt es also für Sie nicht nur, den Mund zu spüren, hier muß geäußert werden. (Brauo! h. d. Soz.) Die Herren haben sich mit dieser geplanten Aktion den besten Agitationsstoff insbesondere auch gegen das Dreiklassenwahlrecht gegeben mit seinen inkrutierten Bestimmungen, die ordnungsmäßig überhaupt nicht durchzuführen sind, wie wir ihn zündend für die Massen überhaupt noch nicht gehabt haben. (Leb. Zustimmung h. d. Soz.) Heute ist Preußen noch eingeschrieben in die Juangsjahre einer reaktionär agrarischen Gesetzgebung. (Sörtl hört h. d. Soz.) Die preussische Regierung hat es verstanden, sich gefestigt durchzukämpfen. Man hat der wirtschaftlichen Entwicklung keine unüberwindlichen Schranken errichtet, dafür aber um so angfänger den engen politischen Rahmen konzentriert. (Sehr gut! h. d. Soz.) Auf das Reich und den Reichstag haben die besitzlosen Klassen in Preußen von vornherein mit schellen Augen geblickt. Das Vürgertum, das seine natürlichen Entwicklung nach eigentlich schroffer Gegner des Agrarismus sein möchte, ist heute zu seiner Schutztruppe geworden aus Furcht vor der Sozialdemokratie. So laßt das reaktionäre Preußen wie ein Alp auf Deutschland. Gegen Hegehege wie das Reichstagswahlrecht, das Koalitionsrecht, die Freizügigkeit wird hier fortgesetzt gewirkt. Der Herr Ministerpräsident ist zu bereit zu Ausnahmengesetzen, er vertritt nur nach die notwendige Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien. Wir sehen auch dieser Aktion mit Ruhe entgegen. Schimmer als jetzt, wo die Sozialdemokratie ohnehin entrechtet ist, kann es unter einem Ausnahmegesetz auch nicht werden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wir sind neugierig, wie sich der linke Flügel des Volks dazu stellen wird. Haben die Herren wirklich von den 12 Jahren Sozialistengesetz noch nicht genug? (Leb. Beifall h. d. Soz.) (Den Schluß der Ausführungen geben wir morgen wieder. Red.)

Politische Uebersicht.

Kalle, den 21. Januar 1909.
Die Sozialdemokratie für die Landarbeit.
Der Reichstag hielt am Mittwoch den ersten Scherndtag seit langen Monaten ab. Auf der Tagesordnung stand der Antrag unserer Fraktion auf endliche Beilegung des schändlichen Grenzstreitens, den Koalitions-, Vereins- und Berufsvereinsgesetzgebung den ländlichen Arbeitern und dem Gewerbe auf die Stirn drücken. Die Aufgabe, den Antrag zu begründen, fiel dem Genossen Stadthagen zu, dessen ausgezeichnete Sachkenntnis in diesen Dingen neulich selbst das „national-liberale „Leipziger Tageblatt“ anerkennen mußte. In vortrefflicher Rede entlegte sich unter Fraktionstribun seines Auftrages. Er wies nach, daß alle bürgerlichen Parteien, wenn auch keineswegs in gleichem Maße, an der wie ein Spohn auf den Reichstag sich ausnehmenden Rechtsungleichheit der Landarbeiter gegenüber den anderen Staatsbürgern schuld tragen. Um so notwendiger ist es, nun endlich die Unrichtigkeit des Rechts, unter der Gehinde und Landarbeiter Deutschlands zu setzen, in eine Richtung des Rechts zu vermindern. Der Grundgedanke des sozialdemokratischen Antrages fand bei mehreren bürgerlichen Parteien sympathische Aufnahme. Mit einer in den Zeiten der Wiedererlebung doppelt erschütternden Frische trat der freisinnige Gothein für die Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen Landarbeiter ein. Gewisse Vorbehalte machte schon der sonst so radikale Polenzgrübel, und noch mehr will Herr Herold vom Zentrum das den Landarbeitern allenfalls zu gewährenden Quantum Koalitionsrecht eingeschränkt wissen. Vielleicht hätte Herr Herold noch agrarischer und noch sozialer gesprochen, wenn ihm nicht eine freche Tirade des augenferigen Diederich Gabn, worin dieser auch das Zentrum anpöbelte, zu einer kräftigen Abwehr dieses 60jährigen deutschen Studenten provozieren hätte. Herr Gabn, weil entfernt, den Landarbeitern etwas mehr Koalitionsrecht einzuräumen zu wollen, will vielmehr die Koalitionsverbote auch auf die Industriearbeiter ausdehnen. Inverserart durch dieses Mann, der Herrn Gothein Verhörung vornimmt, mit Aufhebung der katholischen Wauern, dann das Zentrum auch nur ein Dutzend Recht den Landarbeitern aufzählen lassen will. Herr Stauffer aus der Pfalz, den ein anderer deutscher Student, der Dr. Böhm, zuvor mit Material versorgt hatte, sprach sich in etwas anständiger Weise dem Sinne nach so ungefähr wie Herr Gabn aus. Eine unromantische Rede hielt ein wiedererlich national-liberal nennender Ortsvorsteher, der irgendwo in der Nähe Schopenhagens heimatsberechtigt ist und auf den schönen Namen Kluge hört. Dieser gute Wladbruder vollzog fortgesetzt an sich selbst die kontervativ-liberale Raarung, indem er in demselben Atem sich für Aufhebung und Verbeibehaltung der Gefindeordnung, für und gegen Koalitionsfreiheit, für reichsgesetzliche und für landesgesetzliche Regelung der Materie erklärte. Zwischenbühnen pres er den annehmenden Konzent der Landarbeiterbewegungen, die jetzt schon eine Stärke enthalten und vermutlich bald als etwas mit Wasserfüllung erhalten werden. Es fehlte nur noch die angenehme Perspektive auf Zentralleitung und Führerschaft. Nachdem nun Schluß noch in endlosen persönlichen Bemerkungen Herr Diederich Gabn ein langes Gezeires über die Abstammung seiner Landfreunde Krenndt und Wugdan erhoben hatte, wurde die Fortsetzung der Beratung auf den nächsten Scherndtag verschoben. Es ist sicher, daß unser Antrag an eine Kommission verwiesen wird. Am Donnerstag steht unsere und der Polen Interpellation über die belogte Handhabung des Vereinsgesetzes zur Beratung. In freisinnigen Kreisen ist man bereits Eiertänze ein. Und Herr Wettkamm will sich für neue Schlangeneindrungen.

Zum geplanten Mandatsraub im Dreiklassenwahlrecht.
Der sozialdemokratische Redner Heimann hat in seiner stonewiedersprechenden Rede u. a. die Aufgabe festgestellt, daß nicht nur gegen die vier Berliner sozialdemokratischen Landtagsmandate Protest eingelegt werden soll, sondern daß fruchtbarer und forciert gegen die sämtlichen zwölf Berliner Landtagsmandate protestiert werden ist. Dieser Protest ist aber bisher von der Wahlprüfungskommission des Reichstages, in der kein Sozialdemokrat frucht, völlig unbeachtet geblieben. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet: Soweit über die „Stimmungen“ in der Wahlprüfungskommission etwas verlautet, dürften infolge der verschiedenen Veranlagungsarten bei Aufstellung der Listen sowohl die angehörten vier sozialdemokratischen Berliner Wahlen als auch die freisinnige Wahl von Schönberg-Rixdorf lauffert werden. — Warum ist die „Stimmung“ nur für das eine?

Die freisinnige Zeitung ist durch die Heimannschen Feststellungen wie vor den Kopf geschlagen. Stammelnd muß sie antworten:

Juliressendernweise wird in dem Gesetz ausgeführt, daß die gleichen Verhältnisse, die in Berlin XII vorliegen, auch in den übrigen Berliner Wahlkreisen in Betracht kamen. Aber nun kommt die faule Ausrede der Freisinnigen! — Der Antrag, auf den der Protest hinausgeht, nämlich Aufhebung der Wahl, richtet sich u. u. gegen die Wahl des sozialdemokratischen Hrn. Hoffmann in Berlin XII. So ist er auf dem Bureau des Abgeordnetenhauses aufgesetzt worden.
Die „Auffassung“ dürfte sehr zu revidieren sein!

Der Sozialistischer perfekt!
Aus Dresden ist gemeldet: In der „ersten Kammer“, in der über das Pluralwahlrecht beraten werden sollte, erklärte der Präsident, nachdem das Haus schon dreierlei Gesetze in dem gemarket hatte, die Verhandlungen müßten dochmal verlegt werden, weil sich neue Schwierigkeiten eingestellt haben. Sicherem Vernehmen nach wollen die National-liberalen nicht mehr mitmachen; sie haben sofort eine Fraktionsung einberufen. In beiden Kammern herrscht große Aufregung.
Ein späteres Telegramm meldet: Die Schwierigkeiten scheinen jetzt behoben zu sein; denn die erste Kammer ist in die Beratungen eingetreten. Der Reichstagsrat Dr. Wadde erklärte, daß für den Wahlgesetzentwurf in beiden Kammern nur mehr eine zweitägige Majorität vorhanden sei. Dem neuesten Telegramm zufolge hatte die erste Kammer am 1. d. M. eine kurze Sitzung. Nur der Minister gab eine Zustimmungserklärung der Regierung ab. Es wurde die Vorlage einstimmig angenommen.
Nun hat das Volk das Wort!

Was ist ein Monarch?
Herr Bilow hat sich in seiner neuesten Rede als „Monarchist“ beschildert. Da in Kiecksteinigen Kreisen vielleicht Zweifel über die eigentliche Bedeutung dieser politischen Bezeichnung bestehen sei in Erinnerung gebracht, wie im „Großen Meer“ das Wort „Monarch“ erklärt wird:
Monarchist (franz. pr. royalisten), Anhänger des Königtums, und zwar des absoluten in Gegensatz zur konstitutionellen Monarchie; in Frankreich seit 1789 die Anhänger des Hauses Bourbon im Gegensatz zu den Bonapartisten und Republikanern aus Legitimisten genannt. In Frankreich hört man heute wenig mehr von den „Monarchisten“. Der letzte, der von sich reden machte, war der Kaiser Maximilian, der den großen Präsidenten Fallières auf seinem Spaziergang überfiel. Der Präsident Fallières wird sich gewiß freuen zu hören, daß sein nobler Gegner den leitenden Staatsmann des Deutschen Reiches nunmehr als Gefinnungsgenosse begrüßen darf.

Das Handels- und Eisenbahnenministerium und der Fahrkarten-Steuer
wird erneut und außerordentlich drastisch bestätigt durch die beiden verfassungsmäßig bestellten Reichstagskammern im Jahre 1907. Die Versteuerung der Fahrpreise hat eine alle Befürchtungen weit überrückende Abwanderung in die unteren Klassen zur Folge gehabt.

Von 38 187 261 im Jahre 1906 hat sich die Zahl der befürdeten Personen auf 41 790 730 im Jahre 1907, also um 8 600 150 = 9,4 Prozent vermehrt. Die Gesamteinnahme aus dem Personenverkehr ist in den beiden Jahren, trotz der Steigerung der Zahl der befürdeten Personen mit 23 666 042 Mark und 23 776 164 Mark ziemlich gleich geblieben. Die Ursache für die Erhöhung liegt in der erwähnten Abwanderung der Passagiere in untere Wagenklassen. Es wurden nämlich befördert:

| Wagenklasse | 1907 | Proz. | 1906 | Proz. |
|-------------|------------|---------|------------|---------|
| I. | 239 886 | = 0,57 | 323 866 | = 0,85 |
| II. | 2 789 304 | = 6,68 | 3 428 645 | = 8,98 |
| III. | 16 107 637 | = 38,51 | 31 882 750 | = 83,49 |
| IV. | 21 502 014 | = 51,45 | 1 417 000 | = 3,71 |

Die Einnahmen im Personenverkehr verteilen sich auf die Wagenklassen wie folgt:

| Wagenklasse | 1907 | 1906 |
|-------------|------------|------------|
| I. | 1 471 392 | 1 793 656 |
| II. | 5 010 068 | 5 696 368 |
| III. | 10 509 958 | 15 006 894 |
| IV. | 6 227 092 | 611 935 |

Trotz der Steigerung der Fahrpreise sind die Einnahmen in den ersten drei Klassen, besonders stark in der dritten, gesunken. Und die enorme Steigerung der Einnahmen in derselben Klasse früher, hat nur vermocht, den Einnahmeausfall der höheren Klassen auszugleichen.

Deutsches Reich.
— Bilow wieder sich kein Zentrum an. Der Dresdener Domherr Selmann erklärt im „Schlesischen Rittersblatt“, dass er nicht unterfertigter Seite sei ihm mit Beifugung zur Veröffentlichung mitgeteilt worden. Herr v. Bilow würde nachdrücklich dahin, daß bei Bekämpfung der höheren Kanten die katholischen entsprechend berücksichtigt würden, und überaus selbst die Ausführung dieser Meinung.
Nun werden die Freisinnigen noch fester am Block stehen, um sich „nicht auszulassen“ zu lassen.
— Zur Wahlwahl in Siegen. Bürgerliche Blätter bringen die Nachricht, daß die Sozialdemokraten im Siegener Wahlkreise für den National-liberalen und gegen den christlich-sozialen Kandidaten stimmen würden. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat bereits am 15. Januar eine Weisung auf strikte Wahlenthaltung gegeben.
Der Ausgang der Stichwahl ist jedoch zum großen Leidwesen der Antifemiten dadurch völlig unklar geworden, daß das Zentrum seinen Anhängern die Wahl freigab. Bei der nichtdrückenden Kampfesweise der Antifemiten ist es sehr leicht möglich, daß die Mehrheit der Zentrumswähler ihre Stimme dem national-liberalen Kandidaten gibt, um so mehr, als es sich nicht um die Wahl auf den Kandidaten Nummer durchwegs nicht zu sprechen sind.
— Die Folgen der Agrarpolitik. Obwohl der weimarische Landtag erst im vorigen Jahre eine wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter und eine Erhöhung der Entschädigung für die Dienstverle der Beamten beschloß, ist dem am nächsten Montag wieder zusammengetretenen Landtage des Großherzogtums Sachsen jeweils wieder eine Vorlage zugegangen, nach der — im Hinblick auf die erhöhten Futterpreise — eine beträchtliche Erhöhung der Entschädigung für die Dienstverle der Bezirksdirektoren und Oberförster geordert wird.
— Zur Gastenfassung Liebknechts. Die Geschäftsbordnungs-Kommission des preussischen Reichstages hat über den sozialdemokratischen Antrag, den Abgeordneten Dr. Liebknecht gegenwärtig seines Mandates aus der Befugnishaft zu entlassen, jetzt Bericht an das Plenum erstattet. Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrages und führt zur Motivierung ihres Antrages aus, daß der Art. 84 der Ver-

Gasthof Ludenau
 Sonntag, den 24. Januar
 Kleinschmaus m. Maskenball
 Hierzu ladet freundlich ein
 Reichhold Herzog.
 Mittwoch, den 27. Januar
 Öffentlicher Freitanz.
 NB: Beide Tage ff. Pränkwochen.

Lebensmittel
 Freitag Freitag
 Sonnabend Sonnabend
 Sowell Vorrat. Sowell Vorrat.

Gesangver. Liederkreis.
 Sonnabend, d. 23. Januar, im gr. Saale der „Thalia-Festsäle“
 : grosser Maskenball :
 Zwei Musikhöre.
 Grossartige, neueste Ueberraschungen.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Vorstand.

Bitterfeld.
 Sonnabend, den 23. Januar 8 1/2 Uhr, im Restaur. Ostensjokern
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung. Ref.: Frau M. Wackwitz - Dresden.
 Ganz besonders sind zu dieser Versammlung die Frauen eingeladen.
 Der Einberufer.

Theissen. Blauer Stern. Theissen.
 Sonntag d. 24. Januar abends 7 Uhr
gr. öffentliche Volks-Versammlung
 für Männer und Frauen.
 Thema: Partei u. Gewerkschaften. Ref. Gen. Reichstagskandidat Adolf Thiele - Halle.
 NB. Zu dieser Versammlung sind hierdurch die Genossen und Genossinnen aus den Umgebungen: Antiquan, Adria, Pirfau, Zafau, Dens, Bützig und Haudorf noch besonders eingeladen.
 Zur Deckung der Auslagen werden 10 Pf. Eintritt erhoben.
 Der Einberufer.

Bornitz. Bornitz.
 Sonntag d. 24. Januar ab. 7 1/2 Uhr im Gasthof des Hrn. Bachmann
Versammlung
 des Sozialdemokratischen Vereins.
 Tagesordnung: 1. Die Erklärung der Sozialdemokratie zum Eigentum, zur Monarchie, zur Religion, zur Ehe und zum Vaterland. Referent: Genosse A. Leopold - Zeitz. Diskussion. 2. Verschiedenes.
 Alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Bornitz und Umgegend, die eingeladen sind, haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Sozial. Verein Teuchern.
 Sonntag den 24. Januar nachmittags punkt 3 1/2 Uhr
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung vom 2. Quartal. 2. Vortrag. 3. Wahl einer Genossin in den Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Alle Mitglieder werden dringend ersucht, anwesend zu sein, um die Versammlung zu einer interessanten zu gestalten.
 Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“
Zahlstelle Halle a. S.
 Sonntag, den 24. Januar 1909, vormittags 11 Uhr im Saale der „Wortburg“, Halle.
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Abrechnung. 3. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
 Die örtliche Verwaltung.

Frei Heil!
Turnverein Fichte Halle u. Umg.
 Sonnabend d. 23. Januar abends 8 1/2 Uhr in den „Drei Königen“ (Jos. Streicher)
Jahres-Haupt-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Vergütungen. 3. Stellungnahme zum Bezirkskarttag. 4. Stellungnahme zum Kreisturntag. 5. Anträge. 6. Wahlen. 7. Verschiedenes.
 Der Vorstand.
 NB. Freitag d. 22. Januar abends 10 Uhr bei Sachse: Vorstandswahl.

Metallarbeiter Luckenaus.
 Sonnabend den 23. Januar abends 8 1/2 Uhr im Saale des Hrn. von Ludenau
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Jahres- und Geschäftsbilanz. 2. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Teuchern, Unterm Berge 3.
 Empfehle dem geehrten Publikum in bester Qualität:
 Rindfleisch Pfund 65 Pf., Bratenfleisch Pfund 80 Pf., Hammelfleisch Pfund 70 Pf., Kalb- u. Schweinefleisch billig.
 Hausgeschneidene frische Würst Pfund 70 Pf., Bratwurst Pfund 90 Pf., bei 5 Pfund 80 Pf., Rindertalg Pfund 40 Pf., sowie jeden Sonnabend frische Knoblauchs-wurst Pfund 60 Pf.
 Hochachtungsvoll **Karl Brohmer, Fleischermeister.**

Zeitz.
 Fahrräder, Nähmaschinen
 Zubehörteile.
 Größte Auswahl am Plage.
Emil Schneider, Markt. 4-5.
 Beste Reparaturwerkstatt.
 Wittlichstraße 1. Etage, jed. Größe
 d. P. 2.25. Gennide, St. Ulrichstr. 16.

- Bohnen** Dose 20 Pf.
Stangenspargel Dose 45 Pf.
Stangenspargel hart Dose 55 Pf.
Erbsen Dose 25 Pf.
Pfeffergurken 35 Pf.
Preisselbeeren tote 35 Pf.
Lachs in Gelee Dose 65 Pf.
Hering in Gelee Dose 35 Pf.

Frischer Blumenkohl 15 Pf.
 Kopf

- Leipzig. Allerlei** Dose 30 Pf.
Marmelade 22 Pf.
Heidelbeerwein fl. 55 Pf.
Johannisbeerwein fl. 55 Pf.
Gebr. Kaffee 1/2 34 Pf.
Gebr. Gerste 15 Pf.
Prüdingpulver 5 20 Pf.
Brotmehl 4 52 Pf.

Kakao 78 Pf.
 garantiert rein Pfund

- Hausmach.-Nudeln** 1/2 15 Pf.
Reis 13 Pf.
Linzen 12 Pf.
Grüne Erbsen 13 Pf.
Backpflaumen 12 Pf.
Mischobst 22 Pf.
Ringäpfel 42 Pf.
Tee Paket 9 Pf.

Überfeinte Molkerel-butter 55 Pf.
 1/2 Pfund

- Rauchfleisch** 85 Pf.
Weitwurst 95 Pf.
Thür. Cervelatwurst 1 10 Pf.
Thür. Rotwurst 50 Pf.
Landleberwurst 55 Pf.
Casseler Rippensteak 90 Pf.
Delikatess-Sülze 1/2 20 Pf.
Knoblauchwurst zum Warmmachen 68 Pf.

Eisbeine 45 Pf.
 Pfund

- Haushalt-Schokol.** Taf. 25 Pf.
Gem. Konfekt 1/2 Pfund 8 Pf.
Gem. Bonbons 1/2 Pfund 7 Pf.

Achtung! **Döblau.** **Achtung!**
 Sonntag den 24. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr im „Arbeiterheim“ zu Döblau

Öffentliche Frauenversammlung
 Tagesordnung: Die Frau im politischen Leben.
 Referentin: Frau Ottilie Baader - Berlin.
 Freie Diskussion.
 Die Einwohner, insbesondere die Frauen von Döblau und Umgegend werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Allgem. Konsumverein, Halle a. S.
 Wir empfehlen, Freitag vormittag in sämtlichen Verkaufsstellen zu haben:
Frischen Seefisch, à Pfd. 22 Pfg.

Stadt-Theater **Achtung!**
 in Halle a. S.
 Direction: Hofrat W. Richards.
 Freitag den 22. Januar 1909:
 12. Abonn.-Vorst. 1. Viertel.
 Novität!
 Zum 1. Male:
Manöverregen.
 Lustspiel in 3 Akten
 von G. Schäfer - Verasini und
 W. Schäfer.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend den 23. Januar 1909:
 Nachmittags 3 Uhr:
 Staffler-Vorstellung zu kleinen
 Preisen.

Wihelm Tell
 Schwanpiel in 5 Akten
 von Friedrich von Schiller.
 Abends 7 1/2 Uhr.
 12. Abonn.-Vorst. 2. Viertel.

Mignon.
 Oper in 3 Akten
 von Ambroise Thomas.

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Volker.
 Gastspiel der kaiserlich
 chines. Hofkünstler-Truppe
Lijen-Chaisan.
 Zum 1. Male in Europa!
 und die übrigen gr. Kräfte.

Mansa-Theater.
 Außer dem diesem köstlichen
 Programm kommt von
 Donnerstag bis Sonnabend
Der weisse Häuptling,
 ein naturgetreues, sensationelles
 Drama aus einem
Indianerstamm.

Für Hausbedarf und Wäsche
 ist **Eifenbein-Seife** mit
 „Elefant“ überall beliebt.
 In fast jedem Kolonial-
 waren-, Seifen- u. Drogen-
 geschäft zu haben.

Achtung! Zeitz. Achtung!
Tabakarbeiter!
 Sonntag den 24. Januar nachmittags 5 Uhr
 in Kämpfer Restaurant, Schützenstrasse 8

Öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Tabakarbeiterkongress
 in Berlin. 2. Was haben die Tabakarbeiter für Forderungen aus den
 Verhandlungen des Kongresses zu ziehen. 3. Verschiedenes.
 Referentinnen und Kollegen! Verlasst diese Versammlung, ge-
 denkt daran, wie unter Beruf, unsere Existenz bedroht ist. Wollen
 wir ruhig zusehen, wie das Brot von unserem Tisch, unsere Stüben
 genommen wird. Raucht Euch auf, kommt alle, kommt in Massen in
 die Versammlung.
 Auch die Männer der Kolleginnen sollen mitkommen, um sich
 über die Lage des Berufs ihrer Frauen aufzuklären.
 Eintritt frei!
 Der Vorstand.

Weissenfels.
 Mittwoch, den 27. Januar 1909, abends 8 Uhr im „Volkshaus“
Theater-Abend
 Zur Aufführung gelangt:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
 Volksstück in 5 Akten von August Strindberg.
 Aufgeführt vom Stadttheater-Ensemble in Schönebeck, unter
 persönlicher Leitung und Mitwirkung des Herrn Direktor
 Joh. Dünkel.
 Preise der Plätze:
 Ballen 45 Pfg. - Saal 35 Pfg. - Galerie 25 Pfg.
 Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt, aber
 10 Jahre alte zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.
 Programme im Vorverkauf in den bekannten Stellen.
 Rauchen streng verboten. - Garderobe abgeben.
 Abendkasse findet statt.
 Der Bildungs-Ausschuss.

Freie Turnerschaft Zeitz u. Umg.
 Vorläufige Anzeige.
 Unser diesjähriger **Maskenball**
 findet Sonntag den 14. Februar im
 Diana-Saal statt. Der Vorstand.

Aufsichts-Postkarten empfiehlt
 die Selbstverwaltung.

Niemand kann es ohne Versuch wissen, und kann
 es sich auch gar nicht denken, wie
Knäusels Tafelkönigin 1 Pfund
 95 Pf.
 tatsächlich schmeckt und daß insolge des hochfeinen,
 reinen, milden Geschmackes dieselbe nur zum Essen
 verwendet wird! Vollste Garantie! Kein Margarinegeschmack!
 10000 Proben à 50-60 Gramm
 schmecken, haben alle zur Verfügung. Gegen Verzeigung
 der letzten Zeitungs- und Zeitung bekommen Sie Proben
 gratis ausgehändigt. Zum Versuchen u. Wachen empf. meine
Küchenkönigin à Pfd. 72 Pfg.
Runst-Speisezeit hoch. (Kein Paste!) à Pfd. 62 Pfg.
 NB.: Tafel- u. Küchenkönigin müssen auch
 von Knäusels als Marken vertrieben werden.
Albert Knäusel, Jägersgasse 2.
 Rabatmarken.

Nussbaum
 Halle a. S.,
 Grosse
 Ulrichstrasse
 60/61.
 Leopold

1. Beilage zum Volksblatt.

№. 18

Seite a. S. Freitag den 22. Januar 1909.

20. Jahrg.

Sonntag den 24. Januar, vormittags 11 Uhr, findet im grossen Saale des Volksparks, Burgstrasse, eine

öffentl. politische Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

Das preussische Geldsackparlament in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und der Stand der preussischen Wahlrechtsreform.

Die Einwohnerschaft von Halle wird ersucht, sich an dieser Protestversammlung recht zahlreich zu beteiligen.

J. A.: Karl Weitwand, Satz 42/43.

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung. Mittwoch, den 20. Januar 1909, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratssitz: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht der **Antrag Albrecht und Geiseler** (Soz.): Die verbindlichen Bestimmungen zu erlassen, den Reichstag bezüglich des Entwurfs eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das Verhältnis zwischen den

Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeitgebern, sowie das Vertragsverhältnis des **Gesetzes** durch Vorschriften geregelt wird, welche 1. alle landesgesetzlichen Vorschriften aufheben, welche 2. den in land- und forstwirtschaftlichen Verträgen beschriebenen Arbeitern und dem Grunde das Recht gewähren, zur Zahlung von Berufs- und Standesinteressen Vereinigungen zu bilden und Beziehungen zu knüpfen, welche 3. reichsgesetzliche Strafnachweisung für das Verleiden und die landlichen Arbeiter einführen und 4. Zeit, Dauer und Art der Arbeit in regeln, wie 5. die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Eiligkeit die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fördern.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Schon im Dezember 1896 wurde eine Resolution angenommen, welche die baldige einheitliche Regelung aller Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, die in wirtschaftlichen Betrieben und der Hausgemeinschaft tätig sind, vorseht. In der Kommission war dem Zentrum und meinen Freunden ein Antrag eingebracht worden, die Regelung zu schaffen. Die Kommission hat ihn aber zu Falle gebracht. Die Verhältnisse sind zu kompliziert, um ein einheitliches Gesetz für alle landlichen Arbeiter und das Gelände in aus dem Mittelalter übernommen. Sie stellen ein Schuldenwesen längt veraltet, der modernen Entwicklung unanpassend, dem Arbeiter feindlich und die Bestimmungen der Arbeiter aber wird mit Strafe bedroht, wenn er ungehört oder widersteht in ist oder den Vertrag verletzt. Die Rechtsunsicherheit ist eine weitgehende Ursache der Frage, welche Kategorien von Arbeitern die Bestimmungen unterliegen. Man kann sich wohl auf den Standpunkt stellen, daß Vertragsbruch bestraft werden muß. Wie kann man aber davon ausgehen, daß er nur bei einer bestimmten Klasse zu bestrafen ist, daß nur einer bestimmten Klasse das Koalitionsrecht zu erlauben wird? Wie kann das Reich solche nur für den landlichen Bauerngesetz, welche Ungleichheit vor dem Gesetz herbeiführt? Selber gelang es bei dem Vereinigungsrecht, die Rechte der Arbeiter zu bejahen, weil die konträre rechtliche Wahrheit der Bestimmungen dafür nicht zu haben war. Angeht die wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Ungleichheit nur noch schreiender. (Sehr Zustimmung bei den Soz.) Die Vereinigung zwischen Landwirtschaft und Industrie ist eine bedeutende, dennoch haben die landwirtschaftlichen Arbeiter noch immer unter Ausnahmestimmungen. Ich erinnere das Zentrum daran, daß sein größter Führer, Windthorst sich klar ausgesprochen hat, daß jeder Arbeiter die Koalitionsfreiheit haben müsse. Bei Abreder lebigen Stellung im Abgeordnetenhaus und hier ist zu befürchten, daß sie von den Grundbesitzern überlassen werden nicht mehr möglich seien. (Zustimmung bei den Soz.) Die Koalitionsbefreiung besteht genau wie in Preussen auch in den anderen Bundesstaaten. Ausnahmegebiete für

landliche Arbeiter gibt es in Anhalt, Meckl., Braunschweig, Mecklenburg und in den anderen Bundesländern. Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob diese Ausnahmeregeln nicht schon durch Reichsgesetz aufgehoben sind. Ich bemerke aber, daß sie in einer Art gehandelt werden, daß der landliche Arbeiter häufig vor der Gefahr steht, beraubt zu werden, sobald er sich weigert, gegen seine Unmündigkeit und gegen die Gebote der Eiligkeit zu handeln. (Sehr, hört bei den Soz.) Nachdem die Richter wissen, daß agrarisch Trupp ist, wird doch aus formellen Gründen einmal ein Arbeiter freigesprochen. (Zurück des Abg. Reich (Soz.): Glauben Sie denn, daß die Kommissionsmitglieder Ihre Arbeit machen?) Wenn Sie, Herr Abgeordneter, der Ansicht sind, daß die Kommissionsmitglieder die Güter nicht beiraten können, nun gut, so übergeben Sie sie den landlichen Arbeitern. Das wäre der erste Schritt in die richtige Richtung, den Sie, Herr Abgeordneter, ausüben. (Sehr, hört bei den Soz.)

Es ist bekannt, daß die Grundbesitzer mit Vorliebe ausländische Arbeiter unter falschen Vorwänden nach Deutschland locken und zu unsicherer Arbeit zwingen, bis er erkannt, daß die Verhältnisse nicht gehalten werden und die Arbeit niederlegt und auf seine Kollegen aus in diesem Sinne erfolgreich einzuwirken verweigert, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. (Sehr, hört bei den Soz.) Wie soll denn ein armer Landarbeiter, der nach Deutschland gelockt wird, aus der Unsicherheit der Verhältnisse aus gehen? Wie soll er die Unsicherheit des Ausweges finden? Wie soll er den Grundbesitzer, der einmal die deutsche Geschäftlichkeit gefolgt hat und statt des Lohnes Gefängnis erhält, sich dafür bedankt, dieses gefällige Land wieder aufzulassen? (Sehr, wahr! bei den Soz.)

Wir fordern in unserem Antrag weiterhin, die endliche Einbeziehung der Landarbeiter an der Strafenverteilung. Das Gelände kann zuerst allerdings in eine Klasse ausgenommen werden, aber nur auf Grund der Wirtschaftlichkeit. Die Landarbeiter warten seit 25 Jahren auf ihre wirtschaftliche Strafenverteilung. In der Kommission war 1882 schon die Mehrheit für die Einbeziehung der Landarbeiter. Im Namen aber erklärte sich das Zentrum dagegen. (Sehr, hört, hört bei den Soz.) Es trägt die Schuld. (Sehr, wahr! bei den Soz.) Inzwischen dürfte das Zentrum wohl eingesehen haben, daß es notwendig ist, die armen Landarbeiter nicht hilflos allen Strafenverteilungen preiszugeben. Seit 1894 ist nicht einmal ein einziger landesgesetzlicher Akt zugunsten der Landarbeiter zu verzeichnen. (Sehr, hört, hört bei den Soz.) Daran wird hienowen Herr Gräber selbst die Überzeugung schöpfen, daß die Reichsgesetzgebung eingreifen muß. Die rechtlich grobe Anzahl von Strafenverteilungen unter den Landarbeitern ist natürlich nicht allein auf die mangelnde Versicherung zurückzuführen. Die niedrigen Löhne, das außerordentlich mangelhafte Wohnwesen und vieles andere tragen bei. Aber ein Grund konnte bestraft werden durch die Versicherung. (Sehr, wahr! bei den Soz.)

In Artikel 4 unseres Antrages haben wir Arbeiterchutz- Bestimmungen gefordert. Von der Menge der Gebote auf dem Gebiete des Arbeiterchutzs und der landlichen Arbeitsverhältnisse ist kein einziges, welches die grenzenlose Willkür der Grundbesitzer in den agrarischen Betrieben mildert. Der Vertragsbruch ist unter solchen Bedingungen ein Verbrechen. Der Arbeiter befaßt die Notwendigkeit. (Sehr, wahr! bei den Soz.) Bereits im August 1898 hat der reaktionäre Minister des Innern (Hülshorst bei den Soz.), eine Verordnung erlassen, daß es in Preussen ein Missetatensdelikt nicht gegeben habe, das indirekte Zerschlagungsrecht aber auch nach dem deutschen Gesetz nicht mehr besteht. Die gleiche Ansicht betrifft die Staatsanwaltschaft und das Oberverwaltungsgericht hat das Gesetz dahin ausgelegt, daß nur bei ungewöhnlich harter Behandlung das Gelände den Dienst verlassen dürfen. In der Nähe von Reife war ein Mädchen aus dem Dienst gegangen, weil es wiederholt geprügelt, auch mit dem Leppichlopfen misshandelt und am Kopf verletzt worden war. Das Landgericht erklärte,

das sei keine gesundheitsgefährliche Mißhandlung, auch sei der Leppichlopfen kein gefährliches Werkzeug gemeint. Ich weiß nicht, ob die Richter in Reife oder die des Kammergerichts, die das Urteil befälligen, auch dieser Leppichlopfen haben wollen, wenn man ihnen gegenüber den Leppichlopfen zu gebrauchen wollte. (Sehr, wahr! bei den Soz.) Ich mache den Richter in Reife keinen Vorwurf, stelle nur fest, was tatsächlich geschah und gebe ihm. Er hat jetzt in Reife 19 Bestimmungen, von denen die älteste und chronologisch aus dem Jahre 1772, die jüngste aus dem Jahre 1899 ist. Auf Grund dieser Bestimmungen ergeben Urteile, die dem Empfinden der Kularenmenschen ins Gesicht schlagen. Sogar unbillige Nachstellungen des Arbeitgebers werden nicht als genügender Grund zum Verlassen des Dienstes angesehen. (Sehr, hört, hört bei den Soz.) Die Gebote der Eiligkeit werden mit süßen Gesten.

Es muß endlich der schlechtesten Kategorie der deutschen Arbeiter, den Landarbeitern, Gehör werden. (Sehr, Widerspruch und Wohlwille rechts.) Wenn Sie das befehlen, so machen Sie doch einmal mit den Landarbeitern. Es berlegen sie doch die Löhne. (Widerlegung rechts.) Die armen Arbeiter und Menschenwürde aufs tiefste verletzen. (Widerlegung rechts.) Entspricht es etwa der Menschenwürde, wenn dem Arbeiter mit der Peitsche ins Gesicht geschlagen wird und das oberste Gericht dieses für keine außergewöhnlich harte Behandlung erklärt? (Sehr, hört, hört bei den Soz.) Ich hoffe, daß Sie endlich bereit sein werden, diese Schmach von dem Deutschen Reiche zu nehmen. (Sehr, anhaltender Beifall b. d. Soz.)

Abg. K. v. (natl.): Die Anträge entspringen nur dem Agitationsbedürfnis. (Zustimmung rechts.) Wenn sie angenommen werden, so fällt das feste Bollwerk der heutigen Gesellschaftsordnung. Wir Landwirte leben am liebsten in Frieden und Harmonie mit unseren Arbeitern, und die Bestimmungen, über die Herr Stadthagen sagt, stehen meistens nur auf dem Papier. (Lachen bei den Soz.) Die Gleichbehandlung gebe ich allerdings, als veraltet, preis; sie hat aber so gut wie nichts geschadet. Die Wohnungen auf dem Lande werden immer luxuriöser, aber die Löhne sind durch ihre Leute sehr zurückgefallen. Die reichsgesetzliche Strafenverteilung für die landlichen Arbeiter auszuheben, halten auch wir für nötig. Aber der Antrag, der auch eine Vergrößerung der Dauer der Arbeit verlangt, beweist, daß der Verfasser von landwirtschaftlichen Verhältnissen nichts versteht. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Metzger (Pol): Wir werden für den Antrag stimmen. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die landwirtschaftlichen Arbeiter den gewöhnlichen gleich zu stellen. (Wahr! bei den Polen.)

Abg. Stauffer (Wirtsch. Agg.): Der Antrag reizt geradezu zum Kontrast. (Sehr, richtig! rechts.) Die landlichen Arbeiter sollten durch Selbstorganisation, durch Beteiligung am Meingewinn usw. aufgebessert werden. Aber wo der Dinge Koalitionsfreiheit kann man den landlichen Arbeitern nicht zugeben. Die reichsgesetzliche Regelung der Strafenverteilung verlangen wir nur so, daß die Bundesstaaten gemacht werden, eine Versicherung einzuführen, nicht aber, als Übertragung der bestehenden Verträge auf das Land. Die Arbeitsdauer auf dem Lande zu regeln, ist unnötig. (Wahr! rechts.)

Abg. Götchen (Freiw. Agg.): Die einheitliche Regelung des Gesetzes für die Arbeiter ist eine elementare Forderung. Sie (noch rechts) verweigern den Landarbeitern das Koalitionsrecht, indem Sie behaupten, die Ermäßigung des Lohnes führe dann in Frage. Der wahre Grund ist aber der, daß Sie sich sagen: Wir wollen die Herren sein. Wie vernünftig sich denn aber Ihre nationales Gefühl mit der Befreiung polnischer Arbeiter? Eine Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit ist durchaus möglich. Eine schematische Regelung wollen auch die Sozialdemokraten nicht. Wir sind bereit, dem



Lebensjahre, Mehr aus

gibt moderne, gute Sachen viel billiger als man sonst zurückgesetzte kauft.

- * Kostüme * Paletots * Jacketts * Umhänge * Kragen *
- * Kleider für jeden Zweck * Röcke u. Blusen aller Art * Abendmäntel *

‘
Noch 6 Tage!
Freitag
Sonntag
Montag
Dienstag
Mittwoch

Entzug zustimmen, geben etc. Ueberweisung an eine Kommission der. Denfalls muß etwas geschieden gegen die Preisungelichheit. (Leib. Weis. links)

Abg. S. a. h. (son.) Der Gehalt hebt jetzt auch noch die Landarbeiter gegen Bauern und Arbeiter auf. Den länderlichen Arbeitsverhältnissen kann man ein einheitliches Recht nicht geben. Das Koalitionsrecht muß ihnen im Interesse der Allgemeinheit befristet werden. Die Arbeiterverhältnisse auf dem Lande sind besser, als in der Stadt. Die Arbeiter in der Stadt sind noch ein patriarchalisches Verhältnis, meist auf dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Schalende Arbeiter bei dem So.) Auch wir wünschen Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter, aber zunächst durch die Landesregierung. Die Koalitionsfreiheit auf dem Lande läßt sich am besten durch Kontraktrecht handhaben. (Leib. Weis. links) Am Ende muß man demokratisch sein, in Norddeutschland ist bereits dies in nötig. Werfen Sie sich das, Herr Minister! (Minister! Bravo) und Händelhaltung rechts, langanhaltende Leiter etc. (links)

Abg. Dr. Hoff (Reichsp.) bezeichnet die reichsgesetzliche Regelung der Koalitionsfrage der Landarbeiter als schwierig. Abg. Dr. v. d. L. (Zentr.) Die Förderung, die Gemeindeverwaltung selbst zu regeln, unterstützen wir. Zum Schutze der Arbeiter gegen Kontraktrecht wird die Gemeindeverwaltung aus. Man könnte den Schadenricht etwas höher stellen. Eine Gefahr bietet das Koalitionsrecht nicht. Der Fortschritt, die Krankenversicherung auf die Landarbeiter auszuheben, stehen wir unempfindlich gegenüber. (Weis. links) Darum vertritt ich das Haus. Die Weiterberatung des Antrags ist nicht so an dem nächsten Schwereinstage stattfinden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Unterhaltung der Sozialdemokraten und Polen betreffs Handhabung des Vereinsgesetzes.)

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 21. Januar 1909.

„Los von der Kirche“
Am 20. Januar im Volkshaus von der Freiheits-Gesellschaft einberufenen Volksversammlung hatten sich reichlich 1500 Personen, darunter viele Studierende und Bürgerliche, ebenso einige Pastoren aus unserer Stadt eingefunden, auch die Frauen waren stark vertreten.

Genosse Adolf Hoffmann führte zu seinem Thema aus, daß irrtümlich vom Programm der Sozialdemokratie behauptet werde, es stehe in ihm Religion ist Privatangelegenheit, während tatsächlich gefordert werde die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Damit sei gesagt, daß die Aufwendungen für die Kirche nicht aus der Staatskasse, sondern von den Gläubigen selbst gemacht werden müssen. Das sei die Forderung der Arbeiter, die allerdings nicht spezifisch sozialdemokratisches bedeute, sondern schon früher von Bürgerlichen vertreten und in gut bürgerlichen Ländern eingeführt sei. Seitdem allerdings die Masse des Proletariats sich zu dieser Forderung bekenne, wolle die bürgerliche Politik nicht mehr davon wissen. Aber noch vor 100 Jahren wüßte derselbe preussische König gegen die Religion erhaben gewesen. Aber nun an das Jesus etc. Ansprüche stellt und das Christentum ist der herrschenden Klasse nicht gefährlich. Auch nach der Zeit der Aufstandskämpfe sprach Bismarck gegen die orthodoxe katholische Kirche das Wort: „Irae Kosmos gehen wir nicht!“ Aber später hat er sich mit dem Exorzismus das Gehen nach Rom leistet gemacht. Bismarck hat auch wiederholt selbst noch eingeschrien, daß von allen Dummheiten seines Lebens die Meist- und Jungste die das Sozialistengesetz die größten gemein sein. Andere Leute in diesen Tagen, die ebenfalls mit derselben Dummheit zu bräuen wagen, würden wiederholt einmal dieselbe Erfahrung machen! Ausnahmegelegenheit stärken immer, was an Sozialdemokratie und Zentrum zu erkennen ist. In bezug auf die Kirche ist der Staat freier schlauer geworden; er hat seinen Frieden gemacht mit ihr und das Volk mußte die Kosten bezahlen, indem die Schule der Kirche ausgeliefert wurde. Wenn wir sagen „Los von der Kirche“, so verlangen wir nicht etwa „Los von der Religion“ Das ist eine bewußte Verdrehung unserer Absichten. Wir wollen Staat und Schule von der Kirche freimachen und es jedem überlassen, bei ihr zu bleiben oder sie zu meiden. Wären sich die Gläubigen ihre freie Kirche aufrichten, nur die Gläubigen bestimmen wir, weil sie einen unangelegenen Zwang darstellen. Wohl ist der Arbeiter frei, nicht aber Beamte und kaufende andere. Das ist durch das bezügelnde Stillschweigen des Ministers von Rheinbach auf bestimmte Fragen direkt zugehen. Solange auch nur die kleinste Schicht der Kirche unreinwillig angehört, sind wir gegen jede allgemeine Kirchensteuer. Wenn man von dem Proletariat mit wenigem Einkommen verlangt, daß er zum Unterhalt der „Diener Gottes“ beitrage, warum haben diese selbst keinen Pfennig Kirchenabgaben? —

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstädter.

„Das ändert an der Sache nichts,“ sagte Mac Donald; „ich erwähne das auch nur jetzt wieder, um Ihnen zu zeigen, wie sehr ich mich Ihnen zu Dank verpflichtet fühle — wie sehr ich strebe, Ihnen das einmal wieder vergelten zu können, und wie gern ich alles von Ihnen fern zu halten wünschte, was Ihnen selbst in der Erinnerung unangenehm sein würde — und jetzt.“
„Weiß ich mit Ihnen der Stelle wieder.“ unterbrach ihn lachend Walker, während sich über das seine offenen, freundlichen Züge mit einem höheren Ton färbten. — „wo ich mir vor nun fast anderthalb Jahren einen Korb geholt, und in diesem Augenblicke eine größere Aussicht auf Erfolg habe wie damals. Wollen Sie das nicht glauben, Walker?“
„Was, das heißt sich gleich!“ lachte der Offizier. — „Der Sinn war derselbe, und einesfalls haben Sie recht, aber —“ fügte er hinzu und sein Gesicht wurde ernst, seine Augen leuchteten höher — „mich trieb ein anderer Grund noch außerdem, als ich mich in Sidney für diese Heilung erbat, und ich, ich sehe nicht ein, weshalb ich ihn verweigern sollte. Jener Abster Mac Donald, an dem ich Sie im Kreise der mit Ihnen Familie gesungen hab, ist mir — jetzt kann ich es Ihnen geteilt — seit jener Zeit wie ein Engel in der Seele zurückgelassen. Ich weiß recht gut, ich konnte damals nicht anders handeln — ich tat nur meine Pflicht, aber ich fürchte —“ sprach dabei anders. Nur zu deutlich, zu schmerzhaft für ihn, wie sie die Zeit der Eifersucht gegen den verstorbenen Heilungsgeliebten, glücklich und wohl vertrat. Das aber will ich nicht länger ertragen. Wenn ich auch jetzt nicht mehr Ihre Liebe gewinnen kann, Ihre Achtung muß mir wieder werden. Sie sehen,“ fuhr der junge Mann lächelnd fort, während ihm Mac Donald die Hand herüberreichte und stumm aber herzlich drückte — „daß nicht allein die Freundschaft für Sie, nein, daß mich auch der Ehemann hier wieder beglücklicht. Die ganze Familie befreit mich, als ich sie verließ und ihre entwürdigte, den alle lieb gewonnen; ist es jetzt nicht meine Schuldigkeit, ihnen den zurückzubringen, und mir dafür wenigstens wieder freundliche Gesichter einzutauschen?“

Außer dem Staat, der 1907 10 Millionen zahlte, leisten die Kommunen Millionen an die Kirche, während im gleichen Jahr für das gesamte Schulwesen der Universität bis zur Hofschule 30 Millionen Mark aufgewendet wurden. Trotz des chronischen Defizits in allen Staatskassen folgt allein in Preußen in diesem Jahr über 2½ Millionen Mark mehr als im Vorjahr für kirchliche Zwecke auf. Die Trennung des Staates von der Kirche ist dringend notwendig. Wenn der Nationalrat sich in die Mühseligkeiten und Belästigungen wagt, so seien seine Nachfolger anders veranlagt. Bei diesen vier heute nur die unterste Grenze des Gehalts festgelegt, nach oben gibt es keine Grenze. Wenn die über einen vernünftigen Höchstbetrag an die Geistlichen gezahlten Summen den armen Gemeinden zulassen, so wäre ein Staatsaufschlag nicht nötig. Aber auch ganz gewöhnliche Handelsgeschäfte werden von der Kirche und ihren Körperlichkeiten betrieben, wie der Bergbauhandel mit seinen großen Ueberflüssen bereitet.

Nun soll nach Ansicht der Gegner der Staat mit den eingesetzten Kirchendienern auch die Verpflichtung zum Unterhalt der Kirche übernommen haben. Dies heißt aber sehr, daß die Kirche kein eigenes Recht an diesen Gütern besitzt und besitzt. Ein katholischer Geistlicher hat dazu erklärt, daß 4% allen Kirchenbesitzes unethisch erworben seien und dem letzten fünfteil laße sich der ethische Besitz nicht erwerben. Auch jetzt besitzt die Kirche Einnahmequellen und Verbinden genug. Sogar in den Kreisen der Geistlichen regt sich ein Bedenken gegen die Subventionierung aus Staatsmitteln, weil der Staat Geldbedürfnisse von der Kirche verlangt. Würde die große Masse von der Kirche abströmen, so erhalte diese keinen roten Pfennig vom Staat mehr, weil ihr jeder Einfluß verloren ginge. Seitdem sie Staatsrechte geworden, ist die Kirche der Weltbetrug. Bei Lohnkämpfen länden die Geistlichen meist gegen die Arbeiter, wie damals in Krimmischau. Die Kirchendiener sind vollständig abhängig geworden von der Regierung, und das hat die Kirche sich selbst zu danken. Solange keine Veränderung in der preussischen Volksvertretung eintritt, ist an eine Veränderung nicht zu denken. Und sie wird nicht eintreten, solange die Wahlrechtsreform besteht, die jetzt uns Ungeheuerliche vergrößert werden soll durch den erzwungenen Mandatskauf, den die Reichsminister veranlassen. Ihre Gemeindefürsorge ist ihnen bereits heimgekehrt worden. Es ist nachgemessen, daß gegen alle 12 Mandate in Groß-Berlin rechtstetig Protest eingelegt ist. Gegen diese Schurkelei der Liberalen gibt es nur eine Barole: Sinaus aus der Staatskirche, hinein in die Organisationen des Proletariats! (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion ergriff auch Pastor Köhling von der inneren Mission das Wort. Es sei ihm Bedürfnis zu sagen, daß er das Ringen der Proletariat um eine Weltanschauung anerkenne. Er selbst sei nicht für die Abhängigkeit der Kirche vom Staat und wolle auch nicht, daß sie im Dienst eines Standes stehe. Alle Stände bedürfen des Evangeliums und deshalb wende er sich gegen das Referenten gebredete „Los vom Jenseitsabenden“. Selbst bei schärfster Kritik ist dieser Gedanke nicht von der Person Jesu zu trennen. Glaube und Wissen schließen einander nicht aus. Beim Studium der Philosophen gelange der Verstand an die Stelle, wo er nicht mehr weiter könne, trotzdem ein inneres Bedürfnis den Menschen höher führe. Man solle sich deshalb nicht loslösen von der Kirche, sondern als Mensch die Befreiung des ihr anhaftenden Bösen mitarbeiten. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Hoffmann er, der auf Wunsch des Vorredners sofort zu dessen Worten Stellung nahm, gab seiner Freude Ausdruck, daß er es mit einem anständigen Gegner zu tun habe. Nicht nur an die Freidenker, sondern gerade an die frommen Leute müsse man die Aufforderung „Los von der Kirche“ richten. Gegen den Jenseitsgedanken müsse man sich nur wenden, weil er dazu benutzt wird, die Menschen über das Diesseits zu täuschen. Auch die Freidenker glauben an eine allerdings natürliche Auferstehung und an den Sieg des Menschheitsgedankens. Es ist längst durch das Zeugnis vieler erblinder Geistlicher bewiesen, daß diese nur nach der Helfenden Sinn reden dürfen. In keiner Kirche hört man das Evangelium der Armut, der Straß und Jakobus. Geistliche, die dennoch der Wahrheit die Ehre gaben, sind gemagt worden. Das sind Dinge, die sie veranlassen sollten, sich vom Alpdruck der Staatshilfe zu befreien. (Großer Beifall.)

Pastor v. W. o. e. er bedauert, daß diese Versammlung nicht den Eindruck hinterlassen werde, den eine andere, in welcher Herr C. einberufen hätte. Das Thema „Los von der Kirche“ kann nicht von dem Herrn C. her behandelt werden, denn die Kirche eigentlich dienen soll, nämlich Jesus, die Entwürdigung der Kirche hat viel Unvollkommenheiten begünstigt, aber sie besitzt die Kraft, sich von innen her zu reformieren. Man soll sein Herzbild von ihr und den Geistlichen machen. Es gibt viele Geistliche, die es aus Überzeugung sind. Die Frage „Los von dem“ soll nicht in erster Linie Sätzefrage, sondern Persönlichkeitsfrage sein. Religion lasse sich auch sehr wohl mit

Wissenschaft und Naturkenntnis verbinden. Die Lösung müsse sein: „Gin zu Jesus!“ (Beifall.)

Pastor C. o. t. i. d. wollte den Respekt vor der Person Jesu in der Verfallung wecken. Wenn der Mensch los von der Kirche sei, wo finde er, was den Sinn habe und hält? Die Kirche ist nicht künstlich Gemacht, sondern ein von innen heraus Entstandenes. Wenn sie auch unvollkommen ist, so wollen wir das nicht Welteren an ihre Stelle zu setzen. Wir brauchen die christliche Gemeinschaft, denn in Deutschland ist die historische Entwicklung an die Landes- und Staatliche gebunden. Selbst der Hochprediger Eider, der ein Freund der Arbeiter war. (Die übrigen Worte dieses Sazes gehen im förmlichen Gelächter und Protesten unter.) Der Referent habe sich leider in unzulässigen Verallgemeinerungen über den Stand der Geistlichen geäußert.

Ein Schneidermeister S. c. h. e. i. r. bemüht sich, der Verfallung klar zu machen, daß es wegen der vielen reichen Diöze, Defraudanten, Beschleüßter und Volksausbeuter einen göttlichen Richter geben müßte. Die Missionäre hätten diesen Anteil an der Kultur. Ohne solche wären wir heute noch im Wärenfeld im germanischen Urwald. Auch bei den Sozialdemokraten gäbe es schlechte Menschen. (Ironischer Beifall.)

Nachdem noch Herr A. n. i. n. g. gesprochen und der Vorsitzende Genosse S. t. u. d. mit dem durch Abwesenheit glänzenden Pastor M. e. i. n. h. o. l. der die lächerlichen Dinge über die Sozialdemokratie geschwatzt hat, kurz abgerechnet hatte, ergriff Genosse S. o. f. f. m. a. n. n. das Schlußwort, in dem er zuerst mit dem unglücklichen Schneidermeister humorvoll ins Gericht ging. Einem reichen Professore, der den Geistes Hunger verdrängen wollte, bereicherte er die wertvolle Antwort, worauf der Redner sich lächelnd drückte. Herr Pastor v. Broder erwiderte er, daß er keineswegs theologische Wissenschaft habe bringen wollen, sondern er habe als Volksmann zum Volke gesprochen. Wenn das Dasein Gottes nicht zu leugnen sei, wo war denn da der Unmögliche bei dem ungeheuren Unglück in Egipten? Gätten dort die unglücklichen Bewohner mehr auf die Bausteine als auf die Wägen geföhrt, so waren die Wägen mehr nötig, oder wo war der Müßige bei dem Unglück in Kaddob, das schließlich dem kapitalistischen Raubbau zu danken ist? Nicht alle Geistlichen dächten vorurteillos. Das lag der beste Pastor Meinhof, der über „freie Liebe“ bei den Sozialdemokraten sprach, zu den Konnerziatsförderern und Komitellen, die sich in den Wägen ihrer Kinder entließen? Es ist unnötig, daß es eine Kirche gibt, denn im 19. Jahrhundert hat sie nicht vermocht, das zu leisten, was die Sozialdemokratie nach den wichtigsten Anforderungen des Volkes fertig brachte, nämlich die Weltanschauung der dritten Welt. Da sollt den Fortschritt heiligen. Dem Volk predigt man die Unverletzlichkeit des Glaubens, aber die Bringsinnigen wechseln ihn bei der Hochzeit zu noch Bursch. Wir weisen auf die Wohlthaten der Kirche, wir wollen unter Recht in Dicksinn. Mit einem Gedicht Visschers wolle der Redner seine wichtigen Ausführungen, an die sich entlohrte Weisheit schloß. — Gegen 1 Uhr ergriff trat Schluß der impopulären Versammlung ein.

Schulart und Berufswahl.

Das von uns erwähnte Vorgehen der Stadt Chemnitz, welche im Bedarfsfall bei der Wahl des Berufes des Eltern schulärztlichen Rat zu teil werden läßt, ist von verschiedenen Seiten als vorbildlich auch für Halle bezeichnet worden. Wir erfahren dazu, daß tatsächlich Chemnitz damit den längst gegebenen Beispiel der Halle nachzueifeln folgt, nachdem keine zuständige Stelle ausführlichere Auskunft durch den Stadtschulrat Dr. v. Peters Halle erhalten hat. Somit ist die Sache durch den Schüler im Sommer 1908, wie augenscheinlich bei den Nachuntersuchungen sind in allen Fällen, bei denen Gesundheitsbedingungen bei älteren Schülern gefunden wurden, entsprechende Ratschläge erteilt worden. Und konnte Herr Dr. Peters bereits feststellen, daß die ärztliche Meinung von einem bestimmten Beruf in nicht wenigen Fällen Erfolg gehabt, b. h. zu einem zweckmäßigeren (Erfolg) bezüglich des künftigen Berufes geführt hat. Außerdem ist für diesen Zweck die Einrichtung einer besonderen Sprechstunde für Eltern in Aussicht genommen worden, um diesen Gelegenheit zu geben, sich über beratige Fragen eingehender zu unterrichten, als es auf dem Wege kurzer schriftlicher Mitteilungen geüben kann; bei gleicher Gelegenheit können dann auch Auskünfte über mehr wissenschaftliche als ärztliche Fragen durch den Herrn Direktor des Städtischen Statistischen Amtes vermittelt werden. Diese Einrichtung besteht unserer Wissens nach in anderen Städten noch nicht.

Wozu Jünglingsvereine sind.

Der Kreisverband der halleschen evangelischen Männer- und Jünglingsvereine darf natürlich keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, bei denen er seinen Mitgliedern die nötige Unterhaltung bieten kann. Einmal dient das geistliche Vorbild, Herr Pastor

des Namens allein das unheimliche, verführerische Wesen herauszubekommen.

„Wahrhaftig!“ rief jetzt auch Walker, der die leicht zu Spur im Gange den Händen des Krüppels ebenfalls deutlich unterließ; — „aber was ist das? — da heißt ich auch noch die Spuren von Euben, die kann doch Augenwollman nicht getragen haben?“

„Nein — hat er auch nicht,“ sagte Mabong — „ist ein Weißer; Augenwollman darauf hingefahren, wie eine Schlange.“

„Nach ihm?“

„Beachtet sich, — Weiber ist im Regen gegangen, Augenwollman nachher.“

„Und hast Du noch keine Spuren weiter von anderen Schwarzen den Weg freigen sehen?“

„Nein,“ antwortete Mabong, ohne einen Blick vom Boden zu heben.

Walker interessierte sich jetzt selber zu lobhaft für die entsetzlichen Aussagen um das Gesicht Mabongs und zu gleich auch zurechnen, während ihnen dieser, mit seinen eigenen, viel freundlicheren Gedanken beschäftigt, langsam folgte. Mabong erklärte dabei seinem Vorgesetzten, daß der Schwarze jedenfalls eine Absicht gehabt haben müsse, so genau auf den Fährten zu bleiben, da er sonst hier und dort und an verschiedenen Stellen einen viel bequemerer Weg für sich selber hätte wählen können. Er war aber nicht aus der Spur gewichen, und als sie selber die Mollenhölz endlich verließen und dem hier aufstehenden Fluß entgegenkamen, folgte er denselben in gerader Richtung dem Wasser zu. Nur dort, wo die dichten Salzbüscheln auftraten, und einen schmalen, nicht so dicht mit Gebüsch besetzten Streifen zwischen den dort beginnenden Bumbäumen ließen, war der Schwarze in einem kleinen Bächlein sitzen geblieben, und hatte dann später wohl noch die Richtung der Fährten, aber nicht mehr die Fährten selber gehalten.

Diesen jetzt folgenden, erwiderte sie, etwa drei oder vierhundert Schritt vom Strome noch entfernt, eine Stelle, wo ein Baum umgestürzt war, und eine Wasse durch den Fall in kleine Stöße gebrochenen Holz den Boden bedeckte. Diesen Platz ließen die drei Männer zu ihrem Nachsicht hin zurück, um die Spuren Fliehens wenigstens darauf zu, und an dem Ende des Baumes lag noch ein mächtiger Haufen Kohlen, von Wasse leicht bedeckt. Die Kohlen glühten noch, als sie Mabong mit einem der Holzstücke aufstörte — sie waren jedenfalls erst an diesem Morgen verlassen worden. (Fortf. folgt.)

„Sie tun Borells unrecht!“ rief Mac Donald; — „glauben Sie, daß Sie Ihre letzte Hilfe versprochen haben, und Sie mit eigener Lebensgefahr die Hand freigegeben, und sich dann mit welcher Todesverachtung in den besten Augenblick der schwarzen Teufel hineinrammen? Am ersten Augenblick, will ich ausgehen, dachten Borells vielleicht weniger freundlich von Ihnen, aber bei ruhigem Überlegen konnten sie Ihnen ja doch nur recht geben — mühten sie einsehen, daß Sie von der Notwendigkeit getrieben, nicht mehr als Ihre Pflicht getan.“

Walker schaute wie träumend vor sich nieder — auch ihn schwebte noch ein freundliches Lächeln über dem seinen Worten vor, und nun, wo er schweigen und sich über sein letztes Schicksal des Bier abwandte und in den Wägen hineinprengte. Aber plötzlich fuhr er sich mit der Hand über die Stirn, als ob er alle die alten Gedanken wogend wolle mit den Fährten dort, und sagte, dem Freund wieder offen und frei ins Auge blickend: „Wir wollen das Beste hoffen, Mac Donald. Wenn ich auch nicht so früh Wiedersehen entgegengehe wie Sie, so freue ich mich doch von Herzen, daß Sie den Rest nicht so langer Zeit und unter fremden Verhältnissen, als wir sie verließen, aus dem Neuen begreifen zu können, und daß ich Ihr Glück Ihnen nicht neide, das, glaub ich, beweise ich Ihnen am allerbesten gerade durch mein Dasein. — Aber was hat Mabong dort? — Er ist abgehoben und untersucht da irgend eine Fährte. Lassen Sie uns gehen, was er gefunden!“

Ihren Werden die Spuren gehend — sprengten die beiden Reiter rasch in dem schmalen Mollenhölz hin und erreichten eben die Stelle, wo Mabong, jetzt langsam sein Pferd am Hügel führend, auf irgend eine gefundenen Fährte, die mit ihnen die gleiche Richtung halten mußte, hinstreckt und diese unausgesehrt doch aufmerkmal zu betrachten schien.

„Was gibt es da, Mabong?“ fragte ihn Walker, unter den Fährten des eigenen Pferdes verbergend die schon den Mabong und seinem Tier gefolgt Fährten suchend — „etwas Neues, he?“

„Nein?“ brummte der Schwarze, seinen Weg dabei ruhig verfolgend; „alter Bekannter!“

„Ein alter Bekannter!“ rief der Offizier erstaunt und sprengte mehr nach vorn, neben seinen Diener — „und wie heißt er?“

„Augenwollman!“ sagte Mabong und warf dabei einen ordentlich hohen Wild umher, als ob er fürchte, daß die Rennung

Abzahlungsgeschäfte
Blumenreich, Gr. Ulrichstr. 20. I., II., u. III.

L. Eichmann
Grosse Ulrichstrasse 51
(Aingang Schulstr., Kaisersale).

N. Fuchs, Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 38, I., II., u. III. Etg.

Carl Rosemann.
Man achte genau auf
Alte Promenade 35, Ecke Hauptpost.

Paul Sommer, Leipzigstr. 14. I., u. II.
H. Thiele, Gobenstr. 1, pt.

Wäsche- und
Waschgefässe, wahl dauerhafter u.
billig. Böttcher's Schuhmacherei

Brauererei
C. Bauer, Halle a. S.

Freyberg's
Brauerei
empfiehlt ihre Biere.

F. Günther, Halle a. S.
Halle'sches Aktien-Bier
ist das Beste.

Caramel- und
Schutzimpf-Polken mit Jungen.
Heinrich Müllers Brauerei

Rauchfass Pilsener.
Rauchfass Lichtenhain.
Rauchfass Caramel.
Rauchfass Limonaden.

Briketts, Kohlen
Friedrich Jesan, Gr. Steinstr. 49.

Halle'sches Kohlenwerk
Ed. Linke & Ströter,
Leipzigstr. 93.

Bärenten, Besen, Pinsel
Max Jaculi, Schmeerstr. 1.

Butterhandlungen
H. Döller, Leipzigstr. 64.

Control-Kassen
Anker-Conti-Kasse,
Unt. B. Zimmer,
Ziegelpl. 31/24.

Drögen und Farben
Franz Baumgärtel, Lessingstr. 24.

August Mandold,
Mersburgerstr. 106.

Friseur
Paul Böttcher, Triftstr. 2.

Galanterie- u. Spielwaren
Adler & Co.,
nurs Engros-Verkauf.

Damen- u. Kinderkonfektion
Brummer & Benjamin,
Ulrichstr. 29/25.

Damen- Kleiderstoffe
Brummer & Benjamin,
Ulrichstr. 29/25.

Anna Schuitz,
puppenkonf.
E. Zinke, 2. Gr. Ulrichstr. 65.

Delikatessen und Fische
Carl Barich, Nikolaistr. 6.

Zentral-Butterhandlung
Talamstr. 7. ff. Würstwaren.

Eier-Spezial-Geschäfte
Alb. Wibrizel,
vorm. J. Soral & Co.,
Telephon 1408.

Ein- u. Verkaufsgeschäfte
F. Henckel, Kl. Ulrichstr. 16.

Das meiste Geld
Richard Tänzler, Bechershof 6/7.

Eisen- und Stahlwaren
O. Bilhardt, Ecke Burg-Brannenstr. 3.

Isorone Oelen
Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24.

Färberere u. Wäschereien
G. Galgenberg,
Fennsp. 595.

Galgenberg
Läden in allen Stadtteilen.
Otto Gieseler,
Inh. Ottomar Dressler,
gegr. 1877. 6 Läden.

Färbererei u. Mauerberger
Färberei u. chem. Reinig.-Anstalt.
Läden in allen Stadtteilen.

Chemische Reinigungs-Anstalt.
Gr. Spezial-Etablissement d. Prov.
„Union“

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Fräulein Meier,
Wärfabrikanten
Hansermann, Diemitz, Wilhelmstr. 8.

Gardinen, Toppiche
Arnold & Trautzsch,
Gr. Ulrichstr. 1.

Paul Schäfer,
Kranzbinderi.
Inh. Rob. Kunze,
Magdeburgerstr. 27.

Louis Böker,
Leipzigstr. 7.
Grabenmüller
W. Starkardt, Dessauerstr. 2.

Karl Albrecht,
Alter Markt 3.
Sprechapparate. — Platten.

Carl Born, Neue Promenade 14.
Menzenh-Zithern, Kl. Ulrichstr. 37.

Gummiwaren
Kinge Leute,
auch der Aernte, deckt seinen
Bedarf an hygien. Artikeln

Handlieferwagen-Fabriken
Oskar Kutischer,
Stellmacherei,
Moritzkirchhof 10.

Haus- und Küchengeräte
Burghardt & Becher,
Leipzigstr. 33.

Herren-Artikel
Blankenstein,
Leipzigstr. 36.

Blankenstein
W. Brackebusch,
Gr. Ulrichstr. 37.

Herren-Garderobe
Horn, Banchwitz, Markt 4.

W. Brackebusch,
Gr. Ulrichstr. 37.

Ed. Cohn,
im Rathaus.

Hammerschlag
36 Gr. Ulrichstr. 36
Inventur-Ausverkauf

Inventur-Ausverkauf
in Korzen, Burachen
und Knabenbekleidung.

S. Weiss,
Grüsetes Spezial-
Geschäftshaus der
Provinz Sachsen.

Holzpanzern
Fr. Fricke, Mansfelderstr. 47.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Albert Gentzsch,
alle Stadtteilen.
H. Krügel, Volksparkstr.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Schulze, Schmalzkuchen, Volksp.
Carl Tornow,
Leipzigstr. 82, vis-à-vis Leipz. Curm.

Adelhof & Müller,
Gr. Ulrichstr. 42.

Kaffee, Kakao, Tee
Louis Eisfeld, Marktplatz 22.

Alb. Grimm,
Step 15.

Ernst Ochse,
Leipzigstr. 95.

Pottel & Broskowski,
Gr. Ulrichstrasse 33.

Kartonnagen
Georg Hill, Gr. Steinstr. 27/28.

Kaufhäuser
H. Elkan,
Bekleid.-Gegenst.-J. Art.

Koffer u. Lederwaren
Friedrich Albrecht,
Geiststr. 63.

Kolonialwaren
Franz Baumgärtel,
Lessingstr. 24.

Korbbwaren, Kinderwagen
C. Hesse, Martinstr. 13.

Theod. Lühr,
Poststr. 6.

Lampen, Klempnerlein
Eduard Eder,
Spiegelstr. 12.

Ed. Cohn,
im Rathaus.

Hammerschlag
36 Gr. Ulrichstr. 36
Inventur-Ausverkauf

Inventur-Ausverkauf
in Korzen, Burachen
und Knabenbekleidung.

S. Weiss,
Grüsetes Spezial-
Geschäftshaus der
Provinz Sachsen.

Holzpanzern
Fr. Fricke, Mansfelderstr. 47.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Albert Gentzsch,
alle Stadtteilen.
H. Krügel, Volksparkstr.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock,
strasse 16.

Möbel-Magazine
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 68.

N. Fuchs,
Herbert Gadau, Spitze 38.

Am besten
kaufen Sie Möbel jeder
Art direkt in der
Möbel-Fabrik C. Raupmann

Obst- und Südfrüchte
Bürckners Obsthandlung,
Markt 36

Fr. Pelleke,
Geiststr. 25.

G. Schaible,
R. Märkerstr. 26.

Photographische Ateliers
Samson & Co.,
Poststr. 9/10.

Polster-Artikel
C. P. Heynemann,
Neuhäuser.

Privat-Lehr-Institute
Baer's Handels- u. Lehr-Anstalt
„Praktika“,
Geiststrasse 29 J.

Carl Gieseuth,
Tel. 3013.

Roßschlächtereien
Aug. Thurms
weltberühmte „Rosschächlerei“
mit Schank- u. Speisewirtschaft

R. Thurm,
Inh. Joh. Thurm.

Schneiderei-Bedarfsartikel
Brummer & Benjamin,
Ulrichstr. 29/25.

W. F. Wollmer,
Gr. Ulrichstr. 4/5.

Schuhwaren
Valentin Fils,
Mersburgerstr. 161.

S. Jacob,
Gr. Ulrichstr. 45.

Hans Sachs,
Grosse Ulrich-
strasse 32.

Seifen und Parfümerien
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Marke Platte

Seifen und Parfümerien
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Marke Platte

Seifen und Parfümerien
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Marke Platte

Seifen und Parfümerien
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Marke Platte

Seifen und Parfümerien
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Marke Platte

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.

Spektion, Möbeltransport
O. Kästner & Co.,
Brunnenstr. 86.